

# Zwangsgesetze kontra Demokratie

## Eine zeitgemäße Rückschau - I. Teil

In diesen Tagen, da in Bonn die Erhardt-Regierung auf die schnelle Verabschiedung der Notstandsgesetze durch das westdeutsche Bundsparlament drängt, dürfte es gewiss nützlich sein, sich einmal etwas genauer an die Zeit vor reichlich dreißig Jahren zu erinnern, als die deutschen Imperialisten die faschistische Diktatur errichteten, um mit ihrer Hilfe den zweiten Weltkrieg vorzubereiten. Das um so mehr, als es ja die gleichen unheilvollen Kräfte sind, die heute in Westdeutschland wieder mit Zwangsgesetzen den Volkswillen knebeln wollen, um jetzt, wie sie hoffen, ihre Atomkriegspläne verwirklichen zu können.

### Wie die deutschen Konzernherren und Junker Hitler an die Macht brachten

Es war nach den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 - die Kommunistische Partei Deutschlands hatte fast 6 Millionen Stimmen erhalten, die Faschisten dagegen 2 Millionen ihrer Wähler wieder verloren - als eine Gruppe deutscher Konzernherren an den damaligen Reichspräsidenten von Hindenburg ein Schreiben richtete, in dem sie die grundsätzliche Wandlung begrüßte, die in der Führung der Staatsgeschäfte durch Hindenburg angebahnt wurde. In diesem Brief hieß es:

„Mit Eurer Exzellenz bejahen wir die Notwendigkeit einer vom parlamentarischen Faschismus unabhängigen Regierung, wie sie in dem von Eurer Exzellenz formulierten Gedanken eines Präsidialkabinetts zum Ausdruck kommt.“<sup>1)</sup>

Offen erklärten die Briefschreiber weiter, daß das derzeitige Kabinett des Generals Schleicher keine ausreichende Stütze im deutschen Volk habe. Die Mehrheit des deutschen Volkes, so behaupteten sie, stehe hinter dem von Hindenburg gesteckten Ziel, „wenn man - wie es geschehen muß - von der staatsverfehlenden Kommunistischen Partei absteht.“<sup>2)</sup> Der Schluß des Briefes enthielt die direkte Forderung, Hitler zum Reichkanzler zu ernennen, was die Herren in folgenden Worten kleideten:

„Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassenkampfes die zurechtfindende Grundlage für einen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg auch viele Opfer fordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird. Die Überwindung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten seelischen und menschlichen Kräften ausgestatteten „Präsidialkabinetts“ an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schwächen und Fehler, die jeder Massenbewegung notwendig anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute ahnungslos, zu bejahender Kraft mitreißen.“<sup>3)</sup>

Dieser vielzitierte Brief trug die Unterschriften der Herren Schacht, Schröder, Siemann, Woermann, Vögler, Thyssen, Haniel, Krupp, Siemens, Speyerger, Bosch, von Oppen und von Koenig. Hinter diesem Namen verbargen sich die größten deutschen Konzernherren der Eisen-, Stahl-, Kohlen-, Chemie- und Elektroindustrie sowie die deutschen Großbanken, die Bawag und die Großararier.

Warum drängten diese reaktionären Kräfte nach einem Stasistreich?

Infolge seiner engen finanziellen Bindung an das amerikanische Finanzkapital wurde Deutschland von der Weltwirtschaftskrise, die 1929 begann und deren Heil die USA war, besonders schwer getroffen. Die Produktion ging in einem bis dahin nie gekannten Umfang zurück. In ihrem Bestreben, die Auswirkungen der Krise auf die Weltkrisen abzuwehren, setzten die Unternehmer die Arbeiter und Angestellten in Massen auf die Straße. Bis 1932 erkrankte in Deutschland ein riesiges Heer von über 7 Millionen Arbeitslosen. Der Lebensstandard der Werktätigen sank in dieser Zeit rapid und tief ab.

So verschärften sich in Deutschland alle Widersprüche des Kapitalismus besonders stark, und die Wirtschaftskrise schlug bald in eine politische Krise um. Die Volksmassen wollten nicht mehr länger so leben wie bisher, denn Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend waren unerträglich geworden. Immer heftiger wehrten sich große Teile des werktätigen in Erwerbslosen und Demonstrationen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihre Schultern und gegen die Angriffe des Monopolkapitals auf ihre sozialen und politischen Rechte, was besonders durch die Notverordnungspolitik des Brüning-Kabinetts und der folgenden Regierungen praktiziert wurde. Immer mehr Werktätige orientierten sich auf die kommunistische Partei, die als einzige deutsche Partei einen realen Ausweg aus der wirtschaftlichen und politischen Krise wies.

Angesichts dieser Entwicklung, die vor allem durch die rasch unabweisbare Aktivität und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse charakterisiert wurde, sah sich die herrschende deutsche Großbourgeoisie gezwungen, ihre Macht noch länger mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie zu behaupten. Deshalb nahm sie Kurs auf faschistische Herrschaftsmethoden und auf die beschleunigte Kriegsvorbereitung. Die aggressivsten Teile der deutschen Finanzkapitalisten orientierten sich immer stärker auf die NSDAP, die Partei Hitlers, die sie als die geeignete Massenbasis für die Errichtung einer faschistischen Diktatur betrachteten und die ihren imperialistischen Interessen am meisten entgegenkam.<sup>4)</sup>

Entsprechend der Forderung an Hindenburg, nun Hitler zum Reichkanzler zu machen, wurde schließlich am 3. Januar 1933 in der Küllner Villa des Bankiers Schröder und zwei Tage später im Hause des Konzernherren Kirdorf mit den Naziführern Hitler, Göring und Heß über die Zusammensetzung der neuen Regierung verhandelt. Eine letzte Zusammenkunft am 27. Januar 1933 zwischen Hitler und Göring einverleibte den Eintritt von Hugenberg und des Grafen Schwerin von Krosigk in die Hitlerregierung.

So konnte Hitler am 30. Januar 1933 dem deutschen Volk eine Regierung präsentieren, in der neben ihm, dem besetzten Verdrüssenen der deutschen Schwerindustrie, die Repräsentanten der Konzerne und der Großgrundbesitzer zunächst selbst saßen. Hitler bezeichnete deshalb seine Regierung zur Täuschung des Volkes als „Regierung des nationalen Zusammenschlusses“.<sup>5)</sup>

In der nächsten Ausgabe:  
**Der 30. Januar 1933 und was danach folgte.**

<sup>1)</sup> Dokumentation der Zeit, Heft 33, S. 564  
<sup>2)</sup> Ebenda  
<sup>3)</sup> Ebenda  
<sup>4)</sup> Grundzüge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1960, S. 131 ff.  
<sup>5)</sup> Communistische Tageszeitung v. 24. März 1933

Magnifizenz Prof. Dr. Jäckel, Mitglied des Zentralkomitees der SED, forderte vor der Parteiorganisation der 1. Fakultät:

# Erhöhte Aufmerksamkeit der Erziehungsarbeit

Die Genossen der Parteiorganisation der 1. Fakultät beschäftigten sich in einer Gesamtsitzungsversammlung am 17. Mai mit der 9. Tagung des ZK der SED und dem sich daraus für sie ergebenden Aufgaben.

Zu diesem Thema sprach das Mitglied des Zentralkomitees Genosse Prof. Dr. Jäckel, der an der 9. Tagung teilgenommen hatte. Er betonte zunächst, daß die auf dem 9. Plenum erfolgte Beschlussempfehlung über die Leistungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens seit dem 8. Mai 1945 uns zu Stolz und Optimismus berechtigt und uns gleichzeitig verpflichtet, die eigene Arbeit kritisch zu überprüfen und entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen. Insbesondere forderte er, die Materialien des 9. Plenums gründlich zu durchdenken, um die hohe Verantwortung der SED und aller ihrer Glieder für die Erfüllung ihrer nationalen Mission in vollem Umfang zu begreifen.

In diesem Zusammenhang sprach sich der Rektor mit dem Stand der

Erziehungsarbeit an der Hochschule auseinander. Das auf diesem Gebiet erreichte Niveau könne nicht befriedigen und habe mit den Erfolgen in der fachlichen Bildung nicht Schritt. Ausdruck dafür sei auch die mangelhafte Einstellung eines Teiles der Studenten zum Studium. Diesem Umstand müsse seitens der Parteiorganisation, der gesellschaftlichen Organisationen und der staatlichen Leiter in ihrer gesamten Tätigkeit erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Abschließend legte Genosse Prof. Dr. Jäckel die Bedeutung der 1. Fakultät für die weitere Entwicklung der Technischen Hochschule dar, die sich u. a. aus der engen Wechselwirkung von Mathematik, Naturwissenschaften und Technik ergebe.

Diskussionsschwerpunkt war das Problem der wirksameren erzieherischen Einflüsse auf die Studenten. Die Fakultätsparteiorganisation ist der Auffassung, die weitere Auswertung des 9. Plenums inhaltlich

nach folgenden Hauptgesichtspunkten vorzunehmen:

1. Der Inhalt und die Lösung der nationalen Frage in Deutschland. Wir rücken diese Frage in den Vordergrund, weil

- a) ihr richtiges Verständnis wichtig für die Parteilinie für unsere Republik und gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland ist;
- b) diese Problematik so kompliziert ist und
- c) die von Westdeutschland ausgehende Propaganda sich besonders auf Verfälschungen und Entstellungen der nationalen Frage konzentriert.

2. Die Darlegung der großen wissenschaftlichen Leistungen der Partei in Gestalt der Bereicherung des Marxismus-Leninismus und seiner schöpferischen Anwendung auf die konkreten Bedingungen in der DDR. Hier kommt es vor allem darauf an, die Kontinuität der Politik der

Partei auf ökonomischem Gebiet zu zeigen, da es noch immer die Meinung gibt, die Einführung des neuen ökonomischen Systems sei eine Korrektur von Fehlern in der Wirtschaftspolitik.

3. Der untrennbare Zusammenhang von wissenschaftlich-technischer Revolution, neuen ökonomischen Systemen und einheitlichen sozialistischen Bildungswesen.

Hier bietet sich die Herstellung enger Beziehungen zu den Aufgaben in der Fakultät unmittelbar an (Fragen der Lehre, der Forschung, des Studiums und der Erziehung).

Die Leistungen der APO und die Parteilinien in den Instituten müssen die vom 9. Plenum gestellten Aufgaben für ihren Bereich konkretisieren. Die Materialien des Plenums enthalten dafür zahlreiche Anregungen (z. B. naturwissenschaftliche Forschung, Perspektivplan der Mathematik bis 1969, pädagogische Forschung).  
H. Edtmann

# Die Lehr- und Forschungsarbeit im Fach Wissenschaftlicher Sozialismus beginnt

Von Dozent Dr. phil. Heinz Mehner, Institutsdirektor und Prorektor für Gesellschaftswissenschaften (k.)

Gemäß einer Direktive des Staatsekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen wird ab Studienjahr 1963/64 an allen Universitäten und Hochschulen der DDR das Fach „Wissenschaftlicher Sozialismus“ im Rahmen des marxistisch-leninistischen Grundstudiums gelehrt. An unserer Hochschule soll dieses Fachgebiet in der Regel seinen Platz im 7. und 8. Semester finden und mit einer Prüfung abschließen. Eine Erweiterung der Gesamtschulzeit für die marxistisch-leninistische Grundausbildung tritt jedoch nicht ein, da das Grundstudium bereits vierstündig und gekürzt wurde.

Für die Lehr- und Forschungsarbeit auf dem Gebiet des „Wissenschaftlichen Sozialismus“ entsteht zur Zeit eine besondere Abteilung im Institut für Marxismus-Leninismus unserer Hochschule. Ihre Leitung liegt in den Händen von Herrn Dr. phil. Hans Lohse, Dozent für das Fachgebiet „Wissenschaftlicher Sozialismus“.

Mit der Einführung des neuen Faches wird einmal dem Umkreis Rechnung getragen, daß der Marxismus-Leninismus mit seinen drei Bestandteilen eine in sich geschlossene und harmonische Wissenschaft ist. Die bisherige Praxis, im Grundstudium nur die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und die Grundlagen der marxistischen Philosophie und Politischen Ökonomie zu lehren, berücksichtigt das in ungenügender Weise.

Es geht jedoch keineswegs darum, nur dem Vollständigkeitsprinzip

nachzukommen. Der „Wissenschaftliche Sozialismus“ beschäftigt sich wie kein anderes Bestandteil des marxistisch-leninistischen Wissenschaft mit dem komplexen Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung. In einem gewissen Sinne werden im und durch den „Wissenschaftlichen Sozialismus“ die historischen, philosophischen und ökonomischen Faktoren, die die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens bestimmen und die unseren Studenten im Verlaufe der ersten drei Studienjahre bekannt werden, auf höherer Ebene zusammengefaßt und verallgemeinert. Die aus dem Studium der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der marxistischen Philosophie und Politischen Ökonomie gewonnenen Erkenntnisse befähigen zum Verständnis der im „Wissenschaftlichen Sozialismus“ behandelten Gesetzmäßigkeiten, aber sie können für ein gesondertes Studium nicht ersetzen.

Die wachsende Bedeutung der Forschung und Lehre auf dem Gebiet des „Wissenschaftlichen Sozialismus“ obliegt objektive Grundlagen. Sie beruht auf dem tiefgreifenden revolutionären Umwälzungsprozeß vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab, der das Wesen der Epoche normiert, in der wir leben. Dieser Prozeß wird um so schneller und schmerzloser für die Menschheit vor sich gehen, um so besser und tiefergründiger die grundsätzlichen Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung seine grundlegenden Gesetzmäßigkeiten erkennen und in ihrem Handeln berücksichtigen. Wenn bis zum zweiten Weltkrieg

die Kenntnis dieser Gesetzmäßigkeiten vor allem aus den Erfahrungen der Sowjetunion gewonnen werden konnten, die bis dahin als einzige staatlich organisierte Macht der Arbeiterklasse den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzog, so hat sich das vom Ende des zweiten Weltkrieges an wesentlich geändert. Es entstand das sozialistische Weltsystem. Die ihm angehörigen, aber auch andere, ehemals kolonial unterworfenen Länder setzen die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus mit unterschiedlichen Methoden und Kräften durch und bereichern auf diese Weise den Erfahrungsschatz der kommunistischen und Arbeiterpartei. Damit wird der an Umfang und Tiefe unvorstellbar wachsende Übergang zum Sozialismus, aber auch die zunehmende Reife der sozialistischen Gesellschaftsformation zum ständigen Impuls, bahar gültige theoretische Leitlinien zu überprüfen und schöpferisch weiterzuentwickeln. Insbesondere dem „Wissenschaftlichen Sozialismus“ obliegt es, die Probleme des weltrevolutionären Prozesses komplex zu analysieren und sie in ihrem wesentlichen Gehalt den Massen als Schöpfer der neuen Gesellschaft bewußt zu machen, damit sie zur Quelle neuer Erfolge werden können.

Die Bedeutung des Faches „Wissenschaftlicher Sozialismus“ für unsere Studenten steht damit außer Zweifel. Dabei kann hier unberücksichtigt bleiben, daß dieses Fach im besonderen Maße geeignet ist, zum komplexen Denken zu befähigen und

damit ein Marko zu begeben, das sich bei nicht wenigen Studenten in Diplombekämpfungen wieder offenbart. Darüber wird einer anderen Zeit am gleichen Ort zu sprechen sein. Die Studenten unserer Hochschule werden als Diplomingenieure oder Lehrer schon in relativ kurzer Zeit mit verantwortlichen Aufgaben bei der Einführung der sozialistischen Produktion in unserer Republik betraut werden. Sie werden damit an entscheidenden Brennpunkten unserer gesellschaftlichen Entwicklung stehen und an bedeutsamer Stelle eingreifen in den Wettbewerb zwischen den historisch längst überhalten kapitalistischen Systemen und dem Sozialismus, dem die Zukunft gebot. Von ihrer Arbeit wird es mit entscheidend abhängen, daß im Prozeß dieser Auseinandersetzung die nationale Frage in Deutschland friedlich und auf demokratischem Wege gelöst wird. Das Maß ihres Anteils, ihre Rolle und nicht zuletzt auch ihre berufliche und gesellschaftliche Position werden sich dabei vor allem danach richten, wie sie es verstehen, die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten dieser Prozesse einzuordnen, sie umfassend zu analysieren und einzuschätzen, in ihrer Tätigkeit zu berücksichtigen und im Rahmen seiner unwissenschaftlichen Auffassungen und feindlichen Widerstand durchzusetzen. Wissen, Fähigkeit und Willen, sich in diesem Sinne zum Wohl unseres Volkes und zum eigenen Nutzen im Leben zu bewähren, wird in nicht geringem Maße dem Studium des „Wissenschaftlichen Sozialismus“ entpringen.

# Studentenwettbewerb in der Fakultät für Maschinenbau

Auch in der Fakultät für Maschinenbau wurden verschiedene Aufgaben im Rahmen des studentischen Wettbewerbs vergeben. In einem Institut ist dieser Wettbewerb bereits ein fester Bestandteil der Ausbildung. Entsprechend dem Ausbildungsstand der Studenten und dem Lehr- und Aufgabengebiet der Institute gibt es verschiedene Formen des Studentenwettbewerbs.

Im Institut für Werkzeugmaschinen stellen etwa 12 Studenten Schaltungen aus pneumatischen Logikelementen zusammen. Als Anreiz wird den besten Studenten die

Übung im Fach Automatisierung erlassen. Die Schaltungen sollen ausgestellt und vorgeführt werden. Ferner wird von anderen Studenten eine Zahnradstochmaschine, untersucht. Es sollen die Ursachen der Mängel festgestellt und Vorschläge für ihre Beseitigung gegeben werden.

Das Institut für Textilmaschinen läßt in Absprache mit der sprachwissenschaftlichen Abteilung eine Gruppe von Studenten 2 Kapitel eines sowjetischen Lehrbuches übersetzen. Es wurde vorgeschlagen, die besten Studenten vor den Russisch-Seminaristen zu befähigen. Auch kann die Russisch-Prüfung vorzeitig abgelegt werden.

Im Institut für Thermodynamik werden einige Artikel aus ausländischen Fachzeitschriften von Studenten übersetzt. Vom Institut für polygraphische und papierverarbeitende Maschinen werden im Studentenwettbewerb einige Konstruktionen von Studenten angefertigt. Das Institut für Maschinenelemente schickt vor einige am Institut angefertigte Diplomarbeiten im Studentenwettbewerb zu bewerten.

Die bisherigen Erfahrungen in den Instituten haben ergeben, daß der Studentenwettbewerb auf die Leistungen der Studenten stimulierend wirkt.

Prof. Dr.-Ing. habil. U. Liebscher

Redaktion  
„Hochschulspiegel“  
jetzt  
Straße der Nationen  
Zimmer 42  
Tel. 212 (Hausapp.)